



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2014

---

## **Warum ist die Ausbeutebesteuerung verfassungswidrig?**

Matteotti, René

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich  
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-106394>  
Journal Article

Originally published at:  
Matteotti, René (2014). Warum ist die Ausbeutebesteuerung verfassungswidrig? Das Magazin der EAV, (2):6-7.

## Totalrevision des Alkoholgesetzes

# Warum ist die Ausbeutebesteuerung verfassungswidrig?

Im Zusammenhang mit der Totalrevision des Alkoholgesetzes wurde aus der Mitte der eidgenössischen Räte das Thema der Ausbeutebesteuerung in die Diskussion eingebracht. Der Ständerat hiess dieses Besteuerungssystem als Erstrat in der Frühjahrsession 2013 gut. Der Nationalrat sprach sich in der Herbstsession 2013 ebenfalls grundsätzlich für eine – allerdings modifizierte – Ausbeutebesteuerung aus. Im Rahmen der Differenzvereinbarung steht nun eine weitere Modifizierung zur Debatte. Bevor auf verfassungsrechtliche Fragen zur neu vorgeschlagenen Version eingegangen wird, soll erläutert werden, wie diese Besteuerung funktioniert und welche Auswirkungen sie in der Praxis hat.

### Funktionsweise der modifizierten Ausbeutebesteuerung

Die Ausbeutebesteuerung ist ein alternatives Besteuerungskonzept. Es soll ausschliesslich auf die inländischen Hersteller Anwendung finden. Beim System der Ausbeutebesteuerung erfolgt die Veranlagung nicht nach der amtlich festgestellten Menge des effektiv produzierten reinen Alkohols, sondern nach der zu verarbeitenden Rohstoffmenge und der zu erwartenden Ausbeute. Als Basis für die Besteuerung dient somit nicht das Endprodukt (Anzahl Liter reinen Alkohols), sondern der Ausgangs- bzw. der Rohstoff. Die Behörde multipliziert die Menge des gemeldeten Rohstoffs mit einem sogenannten Ausbeutesatz. Das Ergebnis entspricht einer pauschalisierten Schätzung des hergestellten Alkohols und dient als Grundlage für die Besteuerung.

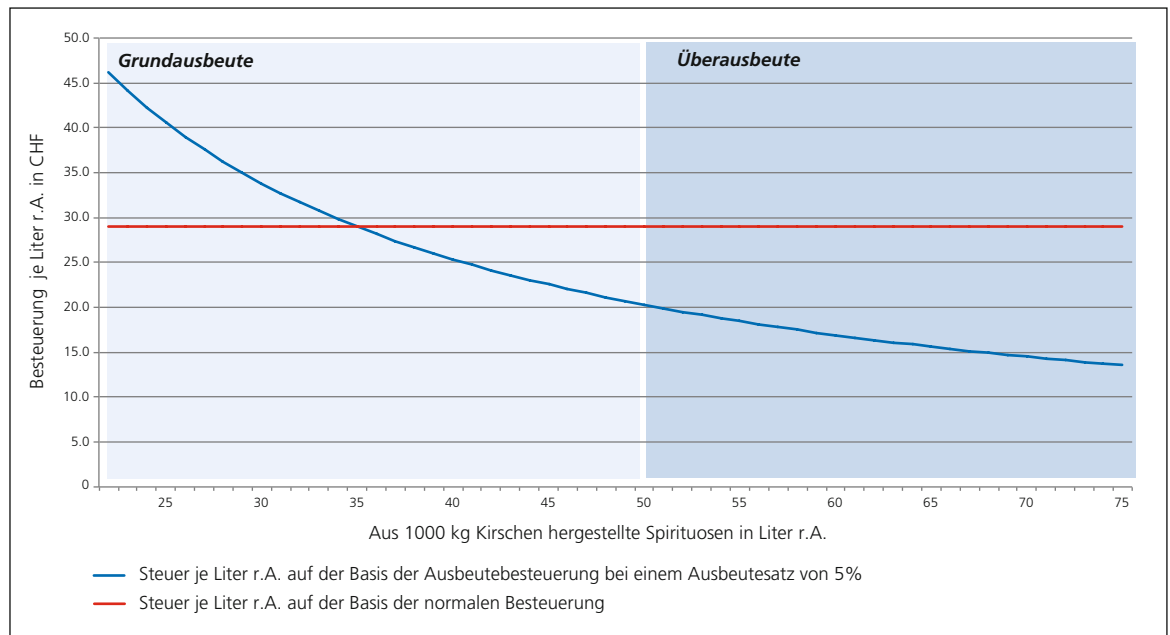
#### Beispiel:

Hersteller X meldet der Behörde 1000 kg Kirschen, die er zu Spirituosen verarbeiten will. Die Behörde multipliziert diese Menge mit dem für Kirschen geltenden Ausbeutesatz von z. B. 5 Prozent und erhält mit 50 Litern reinen Alkohols (L.r.A.) die Menge, die dem Hersteller X schliesslich zur Besteuerung in Rechnung gestellt wird. Der Hersteller bezahlt somit den um 30 Prozent reduzierten Steuersatz von CHF 20.30/L.r.A. (statt der heute geltenden CHF 29/L.r.A.) auf den (behördlich geschätzten) 50 L.r.A. – unabhängig davon, ob er mit den 1000 kg Kirschen effektiv mehr oder weniger Alkohol produziert.

### Auswirkungen der Ausbeutebesteuerung in der Praxis

Um die möglichen Auswirkungen der Ausbeutebesteuerung abzuschätzen, hat die EAV – am Beispiel der Kirschen – alle tatsächlich von den Gewerbetreibenden erzielten und gemeldeten Ausbeuten der letzten fünf Brennjahre eruiert. Die Zahlen zeigen, dass die Ausbeuten allein bei der Verarbeitung von inländischen Kirschen massiv variieren. In Prozenten der verbrauchten Kirschen ausgedrückt, bewegt sich die Ausbeute zwischen 2,2 Prozent und 9,4 Prozent. Mit anderen Worten: Die einen Hersteller erzielen aus 1000 kg inländischer Kirschen bloss 22 L.r.A., andere hingegen mehr als vier Mal so viel, nämlich 94 L.r.A.

Wird die Alkoholsteuer nach dem System der Ausbeutebesteuerung in der modifizierten Fassung konsequent erhoben, spielt die tatsächlich produzierte Menge reinen Alkohols keine Rolle. Massgebend ist allein die von den Behörden aufgrund der gemeldeten Rohstoffmenge erfolgte Schätzung, und zwar völlig unabhängig von der effektiv erzielten Menge reinen Alkohols. Wird bei Kirschen z. B. von einem Durchschnittsausbeutesatz von 5 Prozent, d. h. 50 L.r.A. pro 1000 kg inländischer Kirschen, ausgegangen und wird die Steuer auf der Grundausbeute um 30 Prozent gegenüber der Normalbesteuerung (Annahme: CHF 29/L.r.A. gemäss geltendem Recht und Vorschlag Bundesrat/Beschluss Ständerat) gesenkt, dann hat jeder Hersteller unabhängig davon, wie viele L.r.A. er aus 1000 kg Kirschen



#### Steuerverlauf am Beispiel der Kirschen

tatsächlich herstellt, eine Alkoholsteuer von CHF 1015 zu entrichten. Daraus resultieren enorme steuerliche Belastungsunterschiede zwischen den einzelnen Herstellern: Der Hersteller, der bloss 22 L.r.A. aus 1000 kg Kirschen produziert, wird mit einer Spirituosensteuer von sage und schreibe CHF 46.14 pro L.r.A. belastet, während derjenige, welcher 75 L.r.A. produziert, pro L.r.A. gerade mal CHF 13.50 bezahlen muss.

#### Willkürliche Ungleichbehandlung von Gewerbetreibenden

Es ist offensichtlich, dass die aufgezeigte Wirkung der Ausbeutebesteuerung einen schweren Eingriff in die Gleichmässigkeit der Besteuerung und die Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden darstellt. Die Befürworter der modifizierten Ausbeutebesteuerung argumentieren, dass sich dieser Eingriff rechtfertigen lasse. Mit der Ausbeutebesteuerung hätten die Hersteller einen Anreiz, sowohl qualitativ möglichst hochwertige Rohstoffe zu verwenden als auch diese technisch möglichst effizient zu verwerten. Diese Argumentation verkennt jedoch, dass die Qualität der produzierten Spirituosen nicht nur von der Beschaffenheit der verwendeten Rohstoffe, sondern auch vom Brennvorgang abhängig ist. Die Produktion von qualitativ hochstehenden Spirituosen erfordert

eine schonende Destillation und eine sorgfältige Vor- und Nachlaufabtrennung. Setzt ein Hersteller in erster Linie auf Qualität, wird der Mittellauf – also die für die Besteuerung relevante Menge – tendenziell eher gering ausfallen und entsprechend wenig oder keine steuerbegünstigte Überausbeute bringen. Von der Ausbeutebesteuerung profitiert demnach, wer überdurchschnittliche Ausbeuten erzielt. Auf einen Nenner gebracht heisst dies: Die Ausbeutebesteuerung belohnt, wer Masse produziert, und bestraft, wer auf Qualität setzt. Die sich durch den abnehmenden Tarifverlauf ergebenden Ungleichheiten lassen sich damit in keiner Weise – auch nicht mit Umwelt- und Landschaftsüberlegungen – vernünftig erklären. Im Gegenteil: Sie torpedieren das angestrebte Ziel, nämlich die Qualitätsförderung. Die Ausbeutebesteuerung führt damit zu einer willkürlichen Ungleichbehandlung der Gewerbetreibenden und zu einer krassen Verletzung des Grundsatzes der rechtsgleichen Besteuerung. Sie ist schlicht verfassungswidrig.

*Prof. Dr. René Matteotti, LL.M., Rechtsanwalt, Ordinarius für Schweizerisches, Europäisches und Internationales Steuerrecht an der Universität Zürich und Konsulent bei Baker & McKenzie, Zürich*